

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer



55. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 20. Dezember 1917

Anzeigenpreis: Leberbomarkt, Veranlagungs-, Vergütungsinhalte vjm. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 147

Der Weihnachtsfeiertag wegen erscheint Nr. 150 erst am 29. Dezember. Die für die Zeit vom 26. bis 28. Dezember bestimmten Bekanntmachungen, Inserate usw. müssen daher schon Sonnabend, den 22. Dezember, früh, in unsern Händen sein.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Merkel: Im Spiegel der Erscheinungen und Ereignisse.
Das Buchgewerbe im Ausland: Russland.
Korrespondenzen: Braunschweig. — Breslau. — Darmstadt.
Rundschau: Von Buchdruckern im Kriege. — Die Buchdrucker als Schwer- und Schwerarbeiter. — Nachahmungswertes Beispiel. Buchdrucker im Gerichtsdiens. — Meisterprüfung. — Metallabgabe. — Zum Leipziger Gewerkschaftsstreik. — Beitragsverhöhung im Buchbinderverband. — Feuerungsanlagen nicht planbar und nicht versicherbar. — Geistige Tätigkeit als Schwerarbeit.

Im Spiegel der Erscheinungen und Ereignisse

Die Sonne der Menschheit war schon fast verschwunden hinter dem Rielenberge von Veichen, den das erstarrenmachende Unglück des Welt dramas aufgeföhrt hat. Da fing im Osten ein starkes Welterleuchten des Friedens an, mit dem die vorausgegangenen schwachen oder größeren Anzeichen beginnenden Absehens vor dem Menschenmorden in fürchterlicher Wallenbästigkeit und dem sonstigen ungeheuren planmäßigen Verbrechen nicht annähernd vergleichbar zu nennen sind. Das am 28. November erlassene Funkentelegramm von Lenin und Trotski, den beiden Führern der neuen proletarischen Revolutionsregierung in Russland, an die Völker und Regierungen der kriegsführenden Länder, in dem so bestimmt von Eröffnung der Friedensverhandlungen am 1. Dezember die Rede ist, aber auch, die ablehnende Stellung der bisherigen Alliierten vorausahnend, gleichzeitig von Sonderverhandlungen mit den Deutschen und einem Separatfrieden mit den Mittelmächten gesprochen wird, hat mächtig eingeschlagen bei den Völkern, die guten Willens zum Frieden sind. Auch die Regierungen des Vierbundes haben sogleich ihre Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben, auf die von Russland geschlagene Brücke zu treten.

Inzwischen wurde mit der zehntägigen Waffenruhe und wird mit dem nun bis Mitte Januar vereinbarten Waffenstillstand an der ganzen Ostfront die Friedensouveretüre gnf gepflegt. Zum Separatfrieden mit Russland kommt es sicherlich; über das Heldensstück eines Weltfriedens weiß man allerdings noch gar nichts. Es müßten denn Herzenswünsche schon für Tausenden genommen werden, was nach beinahe dreieinhalbjährigen Erfahrungen und Enttäuschungen sowie in die nächste Zukunft weisenden Neuerscheinungen kriegerischen Willens in England und Amerika doch nicht rasam wäre.

„Nieder mit dem Winterfeldzuge!“ wie die Losung ausgegeben ist in dem russischen Aufruf an die Völker zur Herbeiführung eines „sofortigen Friedens ohne Annexionen und ohne Kriegsschädigungen mit dem Rechte für alle Nationen, frei über ihre Schicksale zu verfügen“, wird also unabweislich und ohne größere Schwierigkeit im Osten zur Tatsache werden. Damit würde ein schon längere Zeit zurückliegendes Wort von Hindenburg, daß im Osten die Entscheidung fällt, der Erfüllung näher sein. Das Verschwinden Russlands (und damit auch Rumänien) von dem Kriegsschaubrette bessert die Spielchancen

von Deutschland und seinen Bundesgenossen gewiß beträchtlich, aber man weiß noch nicht, wie die nun einlebende Partie Amerikas die Figuren wieder verschiebt. Wären nur erst einmal die Völker von wahren Friedensbedürfnisse durchdrungen, müßten auch die Regierungen sich ihm beugen, und dem starken Welterleuchten des Friedens würde dann das Ausgehen der Friedenssonne folgen. Denn in den „Demokratien des Westens“ wie in den Vereinigten Staaten kann doch die Volksgeltung unmöglich geringer sein als in dem „autokratischen Deutschland“ oder in dem mit Hilfe des berücksigten § 1 förmlich abschluslich zu regierenden Österreich . . .

Es sind bereits verschiedenlich Friedensanregungen und Friedensbereitschaften ausgesprochen worden. Das erstmal geschah das von dem kleinsten kriegsführenden Staate, von Montenegro, dessen Regierung sich vor ungefähr zwei Jahren an die Mittelmächte mit einem Gesuch um Einleitungen von Friedensverhandlungen wandte. Die Alliierten verhinderten weiteres. Nun aber hat die größte kriegsführende Macht zu Lande mit schneller Entschlußkraft die Friedensfrage in Fluß gebracht. Wenn die „russische Dampfwalze“ vor ehemals, die Deutschland erdrücken sollte, zu einer Friedenswalze für die ganze Welt werden würde, wöchl ein Kontrast und welcher Segen zugleich für die gesamte Menschheit!

Am 12. Dezember 1916, also vor nunmehr einem Jahr, überraschte der Vierbund die ganze Welt mit einem Friedensangebote. Die Entente erblickte darin ein Zeichen der Schwäche auf seiten Deutschlands wie seiner Verbündeten und hatte für diesen Schritt der vier Staaten nur Hohn übrig, gepaart mit heftigen Angriffen und Anklagen gegen Deutschland.

Ehe diese glatt ablehnende Antwort erfolgte (30. Dezember), war Wilson mit einer zum Frieden rasenden Note hervorgetreten (21. Dezember). „Die kleineren und schwächeren Völker der Welt vor Gefahren der Zufügung eines Unrechts und der Vergewaltigung zu schützen“, wurde als im lebhaften Interesse von Volk und Regierung der Vereinigten Staaten liegend bezeichnet. Die zu gleicher Zeit energischer betriebene Vergewaltigung Griechenlands durch die Alliierten pakte recht schlecht zu diesem Friedensrufe. Deutschland antwortete, daß es den Friedenswunsch des Präsidenten teile. Der schweizerische Bundesrat schloß sich zwei Tage vor Weihnachten der Wilsonschen Friedensnote an; „er würde sich glücklich schätzen, wenn er in irgendeiner, auch noch so bescheidenen Weise für die Annäherung der im Kampfe stehenden Völker und die Erreichung eines dauerhaften Friedens tätig sein könnte“. Schweden, Norwegen und Dänemark sandten an Wilson ebensolche Erklärungen ab. Am dritten Weihnachtsfeiertag aber wurden von dem Vertreterfrage der französischen Sozialdemokratie mit 2703 gegen 109 Stimmen die Noten von Wilson und der Schweiz abgefan; die Entente müßte den Krieg mit aller Energie weiterführen zugunsten ihrer eignen Friedensbedingungen. Die französische Regierung gewann dadurch die beste Rückenbedeckung für ihre im Vereine mit den andern feindlichen Ländern erfolgende, von weitgehendsten Eroberungsabsichten erfüllte Ablehnung an Wilson. Die Weihnachtskonferenz der französischen Gewerkschaften hatte

dagegen eine günstige Beantwortung der Wilsonschen Friedensnote verlangt, „um die Stunde des Friedens zu beschleunigen“.

Nach schwierigen, von der sozialdemokratischen Fraktion durch ein Entweder—Oder forcierten Vorverhandlungen nahm der Deutsche Reichstag als erstes Parlament am 19. Juli mit 214 gegen 116 Stimmen eine Friedensentschließung an, die im Kernpunkte befragt: „Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Verbesserung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietsveränderungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar. Der Reichstag weist auch alle Pläne zurück, die auf eine wirtschaftliche Abperrung und Verfeindung der Völker nach dem Krieg ausgehen. Die Freiheit der Meere muß sichergestellt werden. Nur der wirtschaftliche Friede wird einem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten. Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern.“ Die Konservativen stimmten allgemein dagegen, weil die Bekundung des Friedenswillens von seiten Deutschlands als ein Zeichen der Schwäche aufgefakt werden würde. Von den Nationalliberalen wurde eine weniger abweisende Erklärung abgegeben. Für die unabhängige Sozialdemokratie war die Resolution nicht weitgehend genug, hauptsächlich weil die Selbstbestimmung der Völker nicht ausdrücklich betont wird; auch durfte die Forderung nach Schaffung einer sozialen Republik nicht fehlen. Anstalt nun wie die Polen. Stimmhaltung zu üben, brachte man eine eigne, der Ablehnung verfallende Resolution ein. Die Friedensresolution des Reichstags ist ein Kompromiß, so daß man sie sehr wohl weitgebender wünschen kann. Wenn es sich aber um eine so heilige Sache wie die Förderung des Friedens handelt, konnte ihr auch mit Vorbehalten zugestimmt werden. Selbst die „Leipziger Volkszeitung“ hatte kurz zuvor den Standpunkt der Vernunft durch Wählen des kleineren Abels vertreten, freilich, um ihn nachher unbedenklich zu opfern, weil in der Fraktion der Unabhängigen die fanatische Einheitslosigkeit durchgedrungen war. (Wenn man den Gewerkschaftsführern fortgesetzt zum Vorwurfe macht, sie hätten bei dem tief einschneidenden Hilfsdienstgehebe zuvor die Mitgliedskreise befragen müssen, warum unterließen dann später in der jedenfalls nicht minder wichtigen Friedensangelegenheit die unabhängigen Abgeordneten eine Autorisierung durch ihre Wähler? Ist so die Unabhängigkeit zu definieren?) Daß der Führer der unabhängigen Arbeiterpartei in England, der unentwegte Friedensverfechter Ramsdon Macdonald, die Friedensresolution des Reichstags begrüßte und dem Unterhaus eine gleiche Stellungnahme empfahl — von diesem mit aller Entschiedenheit abgelehnt! —, und daß ferner aus russischen revolutionären Kreisen Zustimmungen erfolgten, läßt annehmen, daß über „die Kläglichkeit der sogenannten Friedensresolution des Mittelblocks“, wie die „Leipziger Volkszeitung“ geringschäßig schrieb, im Ausland eine andre Auffassung besteht als bei der sozialdemokratischen deutschen Minderheit.

Am 1. August erging vom Papst an die Staatsoberhäupter ein neuer Friedensruf. Diese neue Note hat einen sehr klugen und tiefempfundnen Inhalt. „Soll die zivilisierte Welt denn ganz zu einem

Selbe des Todes werden? fragt der Papst, geleitet von der Stimme der Menschlichkeit und der Vernunft selbst. Der Deutsche Reichstag lehnte seine Mitwirkung an der Beantwortung dieser Note durch, ein besonders gebildeter Siebener-Ausschuss arbeitete an ihrer Aufhebung mit. Die Antwort der deutschen Regierung nimmt ausdrücklich Bezug auf die in zwischen reichlicher Auseinandersetzung bei den deutschen Annehmlern oder Kriegsinteressenten begegneten Friedenskündigung des Reichstags und pflichtet dem Papst in den wesentlichen Punkten bei. Ein guter Satz ist die für das deutsche Volk ausgesprochene Hoffnung und Erwartung, „daß an die Stelle des allgemeinen Hasses und Kampfes ein verständlicher und brüderlicher Geist zwischen den Nationen zur Geltung kommt“. So mancher Urtausche wird es nicht leicht zu solcher Friedfertigkeit bringen. Es entstand dann einiger Streit über das Hinweglassen bei der belgischen Frage. Ihre autoritäre Betonung im Sinne der Papstnote wäre sicher kein Fehler gewesen, zumal Deutschland doch die Rückgabe seiner Kolonien ebenso hervorheben könnte. Der unglückliche Pufferstaat Belgien verdient wohl eine andre Beurteilung und Behandlung als die um heutigerige Eroberungspläne oder schändlichen Gewinnes wegen in den Krieg gezogenen Länder Italien und Rumänien. Aber selbst ein so kluger und weit sinnsehender Politiker wie Theodor Wolff („Berliner Tageblatt“) erklärte, indem die deutsche Antwort sich den Wünschen des Papstes anschließt und auf die Reichstagsresolution Bezug nehmte, genüge sie auch hinsichtlich Belgiens. Amerika, das Deutschland seit Monaten (2. April) den Krieg erklärt hatte, antwortete dem Papste mit Vorbehalten, Windungen und Wendungen unter kräftigen Ausfällen gegen die deutsche Regierung sowie mit Einschlüßung in ihre inneren Verhältnisse, wie von Deutschland aus Volk und Regierung gegenüber den Umwälzungen in Rußland das gerade Gegenteil beobachteten. Die Einsätze aber ließ die Papstnote unbeantwortet und schweigte nur noch mehr in Eroberungsplänen. Das war indirekte Antwort genug.

Vor vierzehn Tagen erst ist dank der russischen Veröffentlichungen von Gebetsakten herausgekommen, daß im September 1917 ein Friedensstich zwischen Deutschland und England ausgebrochen worden ist. Nach der Behauptung des englischen Ministers Balfour ging er von deutscher Seite aus. In der deutschen Besatz ist, soweit man aus ihr klar werden kann, England der angriffende Teil gewesen. Natürlich spielt auch eine neutrale Macht dabei mit. Bekanntlich ist, daß so aneinander vorbeigehet wird, niemand richtig erfährt, was wirkliche Tatsache ist und in welchem Umstand oder Mißverständnis diese hochwichtige Sache schwelert. Es ist gar nicht einzusehen, warum von deutscher Seite nicht offen gesprochen wird, könnte doch dann die andre vor der Welt vorantreiben gemacht werden, wenn von ihr das bedeutsame Faktum der Friedensgeheimhaltung zwischen den beiden Hauptgegnern auf das tote Geis geschoben worden ist. Hierüber muß energische Aufklärung verlangt werden.

So spiegelt sich wieder, was in dem einjährigen Krieg um den Frieden offiziell für oder wider die Wirkung des Weltbrandes geschehen ist. Kann man auch nicht volle Zufriedenheit empfinden über das Verhalten von Deutschland und seinen Bundesgenossen, weil es unnötige Schwankungen zeigte, so hat der Friedenswille doch hier seinen Ursprung und ist immerhin am weitesten gefördert worden.

Im weiteren hat es mehrfach auf Friedensschmelzen ein schriftliches Echo gegeben. Der Friedensbrief von Lord Lansdowne an den „Daily Telegraph“ von Ende November hat überall viel Aufsehen erregt. Dieses offene Schreiben eines hervorragenden englischen konservativen Staatsmannes verdient allerdings auch Beachtung, bildet er doch das erste Merkmal, daß in den hochheulenden Kreisen Englands über den „Krieg bis zum kriegreichen Ende“ sich andre Anschauungen zu entwickeln beginnen, als sie von der englischen Regierung immer vertretet werden.

Gegen diesen Brief und auch die für die Weihnachtswache in der Endbegegnung (Glasgow) geplanten Male (50) patriotischen Versammlungen hat Lloyd

George bei einem Bankett seine früheren Kriegsereden um eine neue bereichert und sich dabei wieder als Meister der Demagogie gezeigt. Die Worte Verbrecher, Verbrechen und verbrecherische Staaten kamen in allen Tonarten gegen die Mittelmächte zur Anwendung, ein Mittelstich zwischen Sieg und Niederlage, also ein Verständigungsstich — der englische Premier sagte „Unterwerfungsfriede“ —, gab es nicht, und die „amerikanische Demokratie“ wurde von ihm als der mächtige Bundesgenosse nach dem Ausschneiden Rußlands gefeiert. Englands „heiliger Kampf“ für die kleinen Nationen, die Menschenrechte und Gott weiß was wird nicht nur durch die im Verein mit Frankreich vollzogene Unterwerfung und Ausbürgerung Griechenlands auf illustriert. Das es seit 1871 nicht weniger als 34 Kriege führte und 59 Millionen Menschen „annektierte“, charakterisiert geschichtlich seine Unselbstständigkeit zur Genüge. Wenn es nach George ginge, würde sich diese „rubmvolle“ Geschichte jetzt fortsetzen. Die neue Volksschaft von Wilson an den amerikanischen Kongress ist ebenfalls ein Gemisch aus herben Ausdrücken gegen Deutschland und eine fast räbrame Verbeugung vor dem deutschen Volke zugleich. Wilson gibt an Kriegsergie Mond George lebt nichts nach, seine Friedensreden und Friedensreden von vordem flogen ins alle Eisen. Die Kriegserklärung in diesem Stadium noch an Österreich-Ungarn paart sich vortrefflich mit dem Ausbürgerungsdruck auf die noch neutralen Länder in Europa, die ihm im Frühjahr mit der unerbittlichen Aufforderung, mit in den Krieg einzutreten, eine runde Absage erteilten — Schweden mit einer netten Philippika über das amerikanische Doppelspiel — und nun die Faust des „Friedenspräsidenten“ schwer zu fühlen bekommen. Wenn das imperialistische Motiv dieses entsetzlichen Krieges ganz klar zu sehen ist — Italien mit dem ihm im großen „garantierten“ Völkerraub bildet eine Spezialität für sich —, so bei Amerika, wo die ganze Geschichte auf ein riesenbassies, von Morgan und Konsortien inszeniertes Schachergeschäft ausgeht. Amerika ist während der letzten Jahrzehnte gar nicht bloße gewesen mit dem ohne jede Achtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker betriebenen Völkerraub. Jetzt sucht es bald hier, bald dort Einleit zu „kaufen“. Die von Wilson herausgegebenen Notwendigkeiten für den Krieg mit Deutschland sind also fast nur Erhaben; die ebenso törichte wie verwerfliche Zimmermannsche wird nicht einmal besonders von ihm betont. Daß beinahe alle amerikanischen Staaten und Republiken von Wilson zum Bruch mit uns veranlaßt worden sind, zeigt viel deutlicher den wahren Charakter seiner Absichten. Diese Seite hat große wirtschaftliche Bedeutung für Deutschland. Daß die Vereinigten Staaten militärische Hilfe in größerem Umfange nach Europa senden werden, damit muß schon gerechnet werden; in welchem großem Maßstab es zu tun, verhindert nicht allein die Unterpostgefahr, sondern mehr die öffe Abtaktel von Japan. Es heißt ja auch, das kolossale Rüstten von Amerika gelte in erster Linie der selben Gefahr. Der neue Banker der Welt wird uns aber sicher noch schwere Mühe zu machen geben. In Frankreich ist nun der größte Kriegswüterich Clemenceau am Ruder, von dem eine Einkehr mit den eigentümlichen Kriegsziele, die auf seinen bisherigen geschworenen Gegner Poincaré zurückführen — „kannibalische Phantasien des größten Scheitlers“, nannte sie Theodor Wolff einmal —, nicht zu erwarten ist. Mit dem gegenwärtigen Vabanquispiel gegen den ehemaligen Minister und Abgeordneten Caillaux, dem Clemenceau einen Landesverratsprozess aufgedrängt hat, um an diesem Friedensgenelzteren Mann ein abschreckendes Beispiel für andre zu statuieren, dürfte er allen Anzeichen nach aber selbst ausspielen. Sollte sich dieser greise Fanatiker des noch immer ungefähnten Wortes — der Täter selbst hat schon mehrmals nach einem Weisheitsgespräch — an dem großen Sozialisten Gaurès und der neueren politischen Morbaffäre angenommen, statt nur Caillaux aus Messer lesen zu wollen, so würde mit der Abdämmung dieser schändlichen Skandale das sehr ramponierte Ansehen der arg wandlungsfähigen Republik gehoben werden können, zumal aus den russischen Gebetsakten das System Poincaré noch mehr belästet werden dürfte.

Schließlich ist es aber auch so gut. Die Abwicklung dieses der Arbeiterklasse ebenfalls recht gefährlichen Gewaltmenschen wird eher beschleunigt werden. Albert Thomas, der ehemalige sozialistische Munitionsmminister, wird als kommandierender Ministerpräsident dann zum Frieden einlenken müssen.

Der österreichische Außenminister Czernin, ein Landsdowne in vielfach verbesserter Auflage, kann diesem Trio von Kriegsschürern, das noch viele Sekundonnern aufzuweisen hat, als ein Staatsmann gegenübergestellt werden, der nun ein Jahr lang eine unerbrochene Initiative für den Frieden entfaltet, für ein entschlossenes Abrüstungsprogramm nach dem Krieg eintritt. Er hat die deutschen Reglerungsleute manchmal in den Schäften gestellt und ist ihnen immer wieder ein Anreger gewesen. Bei uns gibt es eben trotz des 19. Juli noch zu viele, vor allen Dingen aber noch zu mächtige Bremser und direkte Friedenswiderlächer. Mit ihnen und den inneren starken Kämpfen werden wir uns im andern Artikel beschäftigen.

Eine Weisfriedensaktion der sozialistischen Arbeiterchaft war in größtem Maßstabe geplant und auch in Angriff genommen. Säfte die sozialistische Internationale den Kriegsausbruch nicht zu verhindern vermocht, so sollte sie zu neuem Leben und hehrer Tat erweckt werden durch die Friedenskonferenz zu Stockholm, zu der am 20. April die erste Einladung von dem Internationalen Sozialistischen Bureau erfolgte, der am 20. April eine von den deutschen sozialdemokratischen Parteinstanzen beschlossene Friedensresolution vorausging, und am 3. Juni ein Aufruf des Arbeiter- und Soldatenrats in Petersburg nachfolgte. Die sozialdemokratischen Minderheiten, die eine nicht nur spezifisch deutsche Erklärung des Auseinanderorganistierens während der Kriegszeit geworden sind, sondern in neutralen Ländern häufiger vorkommen, sollten ebenfalls erscheinen, beteiligten sich zum Teil an den selbständigen Vorverhandlungen oder lebten auch von vornherein ab. Franz Mehring z. B., der eine bei den Unabhängigen aufgenommenen besondere Gruppe repräsentiert, wollte, entgegen der unabhängigen Partei, nichts von Stockholm wissen; nicht der Sache wegen, sondern aus Demonstration gegen die Reglerungssozialisten. Die Zimmerwalder und Kienbaler sagten ebenfalls Hoff und diesen SA. Die französischen und englischen Mehrheiten stellten eine zweifelhafte Rolle; es kam wohl zu Zulagen, aber sie waren banach. Dagegen erfolgte ganz unumwunden die Verweigerung der Pässe von Seiten der Regierungen in England, Frankreich, Italien und Amerika für Stockholm. Die „großen Demokratien“ teilten sich damit ein autoritäres Stück, wie es das russische Rußland auch nicht toller fertigebracht hätte. Dieser Skandal wurde noch schlimmer dadurch, daß die sozialistischen Parteien und Arbeiterchaften dieser Länder es nur zu lächerlich schwachen Protesten gegen eine solche Behandlung brachten. In England machte der in Rußland gewesene Kenner von Strach mit Lloyd George, der einen Schwimbel über die Haltung der russischen Regierung zu Stockholm fabriziert haben sollte, ging seiner Wege — und ruhig nahm seinen Ministerposten ein andres Mitglied der Arbeiterpartei ein! Frankreichs Sozialisten bekundeten bei einer andern Gelegenheit bald darauf der Regierung ihr Vertrauen gegen eine ganz kleine Minderheit. So etwas würden die deutschen „Reglerungssozialisten“ sich im Leben nicht geleistet haben, wie es ihr Auftreten in Sachen der Friedensresolution des Reichstags zeigte, zu der Anregung und Durchbringen von ihr ausging. Für die Stockholmer Konferenz wurden immer neue Termine angesetzt. Das holländisch-niederländische Komitee entfaltete eine angelegentlichste Tätigkeit, hörte die vielen Delegationen mit ihren gar zu zahlreichen Anliegen mit unermüdblicher Geduld, aber zu einer Gesamtagung kam es nicht, obwohl auch der Arbeiter- und Soldatenrat die sozialistischen Parteien in den allerersten Rängen beschwor, doch endlich ernstlichen Willen zur Tat aufzubringen. So war Stockholm nur noch als Friedenssymbol zu betrachten und das als solches trotz allem auch gewirkt.

Scheidemann ist gegenwärtig wieder in Stockholm tätig. Das Zustandekommen der Friedenskonferenz

wird kaum zu seinen Ausgaben zählen, es dürfte sich um die Förderung der Friedenssache auf andern Wege handeln. So zieht Stockholm noch weiter seine Kreise. Wie Abgeordneter Ströbel im preussischen Abgeordnetenhause erwähnte, sollen neuerdings Vertreter der Unabhängigen Reispässe nach Stockholm verweigert worden sein. Den Grund für diese Maßnahme kennen wir nicht; nachdem auch die Unabhängigen schon oft in Stockholm waren, ist eine grundsätzliche Verweigerung an diese Partei allgemein, die ja auch in Zimmerwald vertreten war, nicht anzunehmen.

Die Gewerkschaften hielten am ersten Tagungsdatum (8. Juni) in Stockholm wenigstens eine Rumpfkongferenz ab, der am 1. Oktober in Bern eine zweite in etwas größerem Rahmen folgte. Vertreter aus den Ländern des Viererbandes konnten daran wieder nicht teilnehmen; zum Teil wollten sie es gar nicht, was den Engländern etwas deutlich gesagt wurde, aber es waren auch höchst sonderbare Telegrammverzögerungen daran schuld. Compers, der Präsident des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, ist inzwischen gleich den englischen Gewerkschaftsführern ein ganz entragierter Kriegsenthusiast geworden. Zu den vielen Merkwürdigkeiten dieses Mannes eine Note mehr.

Bei den englischen und französischen Arbeitern hat die Zeit aber nun auch eine etwas stärkere Friedensbewegung aufkand gebracht. Am 20. Dezember wird es in der französischen Kammer eine große Interpellationsdebatte geben. Dreifach soll ein Vorstoß von sozialistischer Seite erfolgen und gewissermaßen eine Aktion für Volksverständigung unternommen werden. Cachin, der vor Monaten in Russland die erste Kenntnis von den phantastischen Eroberungsplänen des Viererbandes erhielt, schrieb dazu in der „Sumanité“: Die französischen Sozialisten rechnen mit einer Parallelation der englischen; es müsse ein Weg in der Richtung von Lansdowne gesucht werden. Es sei zuzugeben, daß die bisherigen, immer schroff ablehnend gehaltenen Erklärungen der Entente nicht geeignet waren, den Völkern der Mittelmächte entgegenzukommen. Das ist gewiß eine bemerkenswerte Auslassung. In England aber haben jetzt die parlamentarische Administration des Gewerkschaftskongresses und die Leitung der Arbeiterpartei beschlossen, die Regierung solle so rasch wie möglich und in bestimmter Form eine öffentliche Erklärung über die Kriegsaufgabe abgeben, für welche die Militärs den Krieg fortführen. Am 28. Dezember soll auf einem gemeinsamen Kongreß darüber beraten werden. Es wäre sehr zu wünschen, daß in diesem Jahre die Weihnachtzeit uns andre Botschaft übermitteln von den sozialistischen Parteien westlich, als es im Vorjahre der Fall war.

Aus alledem ergibt sich, daß das Friedensmachen weit schwieriger ist, als in den Krieg einzutreten. Sind die Völker, vor allem die Arbeiter, nicht die Willensfreier zum Frieden, wie es von den deutschen, österreichischen und ungarischen weit überwiegend gesagt werden kann, so haben die Regierungen es nicht schwer, die Kriegssturien fortsetzen zu lassen. Was jetzt aber ist noch behauptete Tatsache, daß gerade in „den großen Demokratien“ der Sozialismus sich gegenüber dem Nationalismus und Chauvinismus als zu schwach erwiesen hat. Stockholm ist dadurch mit zu einem Verlager geworden. Das Wienerfeld von sozialistischen Parteien — Russland ist geradezu überverletzt daran — vermag das Manth an Sozialismus im allgemeinen fürwahr nicht wegzumachen. Stockholm mußte auch darunter leiden. Ein für das Mißlingen von Stockholm nicht nebensächliches Moment ist das Verhalten Brantings, der augenblicklich in dem neutralen Schweden als Handelsminister eine recht unglückliche Rolle spielt. Verstärkt die Affäre Grimm-Müller schon den Argwohn, daß dieser autoritative sozialistische Führer mehr sein müsse als von ihm getollten „Sozialdemokraten“ nur müßsam verhält, so ist durch Trojats rücksichtslose Enthüllungen der geheimen diplomatischen Machenschaften jetzt Branting mächtig ins Gedränge gekommen. Es kann nun keine leere Behauptung mehr sein, daß die Gesandten der alliierten Länder über die Verhandlungen vor dem holländisch-finnischen Komitee unterrichtet wurden. Der russische Gesandte

benannte nämlich seiner Regierung Branting als „eine wichtige Quelle“, die man nicht preisgeben dürfe, wenn man mehr erfahren wolle. Für des Mißtrauensfinden der Konferenz ist der gleichfalls von dem russischen Gesandten nach Petersburg gegebene Bericht, daß über die Verweigerung der Pässe von Seiten der alliierten Regierungen Branting Vernehmung lassen werde, wenn Kerenski nur seine Sympathie mit dem Konferenzplan ausspreche, den Zeitpunkt jedoch für ungeeignet halte, sehr bezeichnend. Frühere englische Auslassungen über Branting verstellten das Bild von diesem merkwürdigen Mittelsmanne, der so viel für die Stockholmer Konferenz tun sollte.

Der Kieler Universitätsprofessor Böhmig hat im Februar d. J. in einem Artikel recht einsichtsvoll in dem „wie ein wildes Tier laufend und alle Länder der Erde hungrig abfuchsenden Kapitalismus die tiefste Ursache des Weltbrandes“ erblickt und von der Zukunft des Völkerrechts (seinem behandelten Schema) gesagt, seine Gestaltung werde später nicht abhängen von irgendeiner Mächtekonstellation, von dem entscheidenden Siege der einen Gruppe über die andre, sondern von dem Maße des Sozialismus, das sich künftig in den sozialistischen Organisationsformen und in der politischen Macht des Proletariats im westlichen, nördlichen und mittleren Europa lebendig äußern werde. Der Sozialismus soll also der Friede sein — das ist ein Ziel, aufs innigste zu wünschen! Es könnte scheinen, daß in Russland gegenwärtig damit die Probe aufs Exempel geliefert wird. Was ist aber nur bedingte Wahrheit, wie wir noch sehen werden. Wenn der Sozialismus in diesem schweren Ringen um den Frieden aber doch noch Größeres vollbringt, so soll ihm ein Hosianna erschallen und der Gell von Stockholm selig gepriesen werden. Wie schwer es jedoch selbst in der Arbeiterschaft mit einem Verständigungsfrieden hält, sieht man im kleinen in dem amüsanter Leipzig, wo nach der kürzlichen Einigung im Gewerkschaftsstreik die kartellverbundenen Organisationen unter sich in der vorigen Woche die wahren „Friedensbedingungen“ aufgestellt haben, die fast, wie nach Lloyd Georges neuer Kriegsbrandrede, ein Mittelglied zwischen Sieg und Niederlage ausschließen.

Das Buchgewerbe im Auslande

Russland. Der Umsturz der revolutionären Bolschewiki vom 6./7. November schuf eine krisenhafte Lage für das gesamte Buchdruckgewerbe. Die Leidtragenden sind selbstverständlich die Arbeiter. Sofort nach ihrem Siege haben die Bolschewiki die Mehrzahl der hütigen Blätter in Petersburg verboten und deren Druckereien durch Soldaten oder Matrosen besetzen lassen. Die Wut gegen die Bürgerlichen war so groß, daß unter ihren Ausdrücken die Druckereien zum Teil beschädigt wurden. Noch bis jetzt dürfen die ausgetreten liberalen Parteiblätter (wie „Reich“ u. a.) nicht erscheinen. Der militär-revolutionäre Ausschuß, der in Petersburg den Umsturz vollzog, übte auch Ausschluß über den Inhalt der Zeitungen und mischt sich in die Redaktionsführung genau so wie die Zensurorgane aus der Zeit der Nikolaus-Diktatur oder vielleicht noch schlimmer. Man sagt — das ist eben Revolution! — aber bemerkenswert, daß nicht nur die Bürgerlichen, sondern alle sozialistischen Organe in energischer Weise gegen die Vergewaltigung des freien Wortes, dieser wichtigen Ertügenschaft der Revolution, protestieren. Der Buchdruckerverband von Petersburg, in dem Anhänger der Bolschewiki in großer Zahl vertreten sind, erhob gleichfalls Einspruch gegen die Unterdrückung der Freiheit der Presse. Durch die Maßnahmen der Bolschewiki sollen in Petersburg allein 2000 Arbeiter des Buchdruckergewerbes brotlos geworden sein. Aus diesem Grunde schaffte sich die Lage der dortigen Verlegerinnen sehr ernst. Aber nicht nur deshalb, sondern aus ideellen Motiven, vor allem als Vorkämpfer der Pressefreiheit kündigten die Petersburger Buchdrucker die schärfsten Maßnahmen an, um die Aufhebung der diktorischen Pressesanktionen zu erzwingen. Am 28. November sollte dazu ein allgemeiner Buchdruckerstreik ausbrechen, indessen ist uns noch nicht bekannt geworden, ob die Arbeitsunterbrechung tatsächlich erfolgt war bzw. wie sie verlobt wurde.

In Moskau hat der dortige militär-revolutionäre Ausschuß nach seinem blutigen Sieg über die Regierungen und die sozialistische Stadtverwaltung sämtliche bürgerlichen Blätter mit Ausnahme der alten liberalen Zeitung „Ruski Wobodnik“, die mit meisterbester Gewandtheit seinerzeit die Klappen der zaristischen Zensur in den schwärzlichen Tagen der russischen Reaktion aus der Zeit des Alexander III. und Nikolaus II. zu passieren verstand und die auch in den Tagen der bolschewistischen Diktatur sich anpassen vermochte. Erst nach vierzehntägiger Unterbrechung begannen die Blätter zu erscheinen. Viel, viel schlimmer ist die Lage der Presse in der Pro-

vinz. Die Willkür der Bolschewiki-Wächter oder deren, die unter ihrer Fahne liegen, führte zur Unterdrückung zahlreicher Organe, sowohl die Tage der Presse, die sich in den letzten Monaten durch den verhassten Kampf außerordentlich stark zu leisten habe, um nicht vertrieben zu werden.

Eine andre Maßnahme der Bolschewiki vertrat der ganzen Presse einen schweren Schlag — das ist die in „Kor.“ bereits erwähnte Einführung des Anzeigenmonopols. Für die Allgemeinheit wird dadurch eine große Unbequemlichkeit geschaffen, das ist doch ohne weiteres klar. Für die Bolschewiki kam beim Erlaß dieser Maßnahme in Betracht, daß durch den Fortfall der Entente den bürgerlichen Blättern ihre wirtschaftliche Grundlage entzogen wird. Also nicht die Einnahmen aus den Inseraten, die nimmere der Staatskasse anfließen sollen, sondern den Anteil an der Reform, sondern politische Motive lagen ihr zugrunde. Nach dem Erlaß dürfen nur die von der Regierung und den Arbeiterräten herausgegebenen Organe Anzeigen jeglicher Art bringen, während die Aufnahme von Anzeigen allen andern Presseorganen vollständig verboten ist. Die Umgebung des Verbotens durch Aufnahme von bezahlten Mitteilungen, Aufträgen usw. ist freier; auch Anzeigen über Veranstaltungen, Vorträge usw. fallen unter das Verbot. Straßenplakatierung ist ebenfalls monopolisiert, wie auch die Anzeigenexpositionen verstaatlicht sind und vom Staat übernommen werden. Es war von vornherein nicht mit Bestimmtheit zu sagen, ob der Erlaß über das Inseratenwesen befristet werden würde. Bürgerliche Blätter, die aus so leicht kamen, enthielten zunächst keinerlei Anzeigen. Dagegen wies die sozialistische Blätter, die kein Staatsorgan sind und nicht von irgendeinem Arbeiterräte herausgegeben werden, doch Inserate auf, zwar sehr wenig, aber immerhin behaupteten sie damit ihren Protest gegen die unstatige Verordnung der gegenwärtigen Mächte. Die am 14. Dezember in Deutschland eingeführten bürgerlichen Blätter wiesen indes eine große Menge von Inseraten auf. Sie scheinen durch das Verhalten der sozialdemokratischen Presse Mut gefaßt zu haben.

Schon vor dem bolschewistischen Umsturz gestellte hat die allgemeine Lage des Buchdruckergewerbes immer komplizierter und sogar bedauerlicher. Zwar hat Petersburg wurde eine Einigung zwischen den Unternehmern und der Arbeiterschaft erzielt, doch in der Praxis hielten sich und leisteten sich die Sozialisten immer mehr zu. Da wir Petersburg erwählten, wollen wir noch bemerken, daß der abgetretene Carl (siehe Nr. 123) nach dem Umsturz auf Seiten der Unternehmern erkrankt hat. Also der drei Unternehmernorganisationen, mit denen der Carl abgeschlossen wurde, die Section der Druckereibesitzer der Gesellschaft der Fabrikanten und Werksbesitzer des Petersburger Kanons, wurde von ihrer Mutterorganisation desavouiert, worauf sie aus der Gesellschaft austrat und mit den Zeitungsbetriebern einen neuen, selbständigen, gründete. Die Konflikte in der Presse, mehren sich, und es wurde immer schwieriger, sie zu lösen. Nachdem die andern Fragen eingemessen geregelt worden waren, wurde die der Einstellung und Entlassung immer mehr in den Vordergrund gerückt. Die Gehilfen forderten, daß die Einstellung und Entlassung von Arbeitskräften nur mit Einwilligung ihrer Gewerkschaft zu geschehen habe; eine Forderung, die im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung eine starke Zustimmung bedeutet. Die Arbeitsstellenfragen zogen sich in die Länge und führten vielerorts dazu, daß die Druckereien geschlossen wurden und zahlreiche Blätter eingehen mußten. Jetzt haben die Bolschewiki die Kontrolle der gesamten Produktion eingeführt, die Arbeiterausschüsse haben mittels die Gewalt über die Unternehmer in ihre Hände bekommen. Wie sich dabei das Arbeitsverhältnis und der Arbeitsprozeß gestalten werden, wird die nächste Zukunft lehren. Doch kann man schon von vornherein sicher sein, daß bei dem hohen kulturellen Stande der russischen Buchdrucker das Druckergewerbe von allen Produktionszweigen am meistensten gelähmt sein wird.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

W. Braunschweig. Inse am 2. Dezember abgehaltene gutbesuchte Bezirksversammlung nahm den Bericht der Vertrauensleute der einzelnen Druckereien über die Einführung der neuen Feuerungsanlagen entgegen. Danach haben sich hierbei größere Schwierigkeiten nicht ergeben. Einige wenige Unannehmlichkeiten werden sich leicht beheben lassen. Nur ein Fall liegt erster. Am Vorort hat eine größere Firma drei Kollegen (zwei Meilure, ein Stereotypist) wohl die Feuerungsanlage bewilligt, ihren aber einen entsprechenden Abzug vom Lohn gemacht mit der Begründung, sie bezögen bereits das für ihre Stellung in Frage kommende Gehaltszahl. Die betroffenen Kollegen waren in der Versammlung nicht anwesend; diese konnte daher nicht erfahren, ob und welche Schritte in der Angelegenheit unternommen werden sollen. (Die betreffende Firma handelt damit in unaufrichtiger Weise, was das anzunehmende Tarifschlichteramt am allerersten wird.) Die Versammlung sollte sofort einmütig folgenden Beschluß: Die bisher im Bezirk in drei verschiedenen Stufen zum Zweck der Unterhaltung unter Kollegenfamilien gezahlten freiwilligen Extrabehälter werden nicht mehr erhoben; der Beitragsbeitrag wird für den gleichen Zweck um einhelfig 50 Pf. erhöht. Dieser Beschluß tritt sofort in Kraft. Vor Eintritt in die Tagesordnung erbot die Versammlung das Andenken zweier verstorbenen Prinzipale.

Breslau. Nach Eröffnung eines gelassenen und Aufnahme zweier Kollegen hörte die Versammlung am

9. Dezember einen Vortrag des Verwaltungsdirektors der Allgemeinen Ortskrankenkasse und Stadtverordneten. H. Zimmer über „Die Verschmelzung der Krankenkassen und ihr Vorteil für die Krankenkassenmitglieder“, welcher anfänglich des am 1. Januar 1918 erfolgten Übergangs unter sowie 24 andere. Hiesiger Ortskrankenkassen in die Allgemeine Ortskrankenkasse besonderes Interesse erregte. Ihr 40jähriges Jubiläum feierten die Kollegen Markgraf und Senf, während Kollege Maistr sein 60jähriges Berufsjubiläum begehen konnte. Die Feuerungszulagen wurden hier glatt eingeführt.

Darmstadt. Untere am 1. Dezember im „Gewerkschafts- haus“ abgehaltene Versammlung war gut besucht. Die Abrechnung vom dritten Quartal lag gedruckt vor und der Kassierer wurde einstimmig entlassen. Unter Punkt „Geldbewilligungen“ wurde beschlossen, 50 Mk. zur allgemeinen Weihnachtsbescherung für Kriegskinder, 65 Mk. für drei bedürftige Kollegen (davon einer kriegsbeschädigt) zu gewähren. Den Frauen der zum Meer eingezogenen Kollegen wurden je 10 Mk. und für jedes Kind 2 Mk. bewilligt. Die Vertrauensleute werden ersucht, das Geld in der üblichen Weise zur Auszahlung zu bringen, und zwar so, daß es den Beteiligten noch vor Weihnachten ausgezahlt wird. Die Feuerungszulagen wurden einstimmig ausgezahlt.

○○○○○○ Rundschau ○○○○○○

Von Buchdruckern im Kriege. Von den im Felde lebenden Mitgliedern untrer Organisation erhielten das Ehrenkreuz: Arno Panin (Berlin), Reinhold Woblfarth (Brieg), August Bongard, Max Brieger, Karl Ganz und Jakob Heinrichs (Köln), Max Bogan (Kob), Albert Stöckl (Gangelsdorf), Max Wolfenkeller und H. Kitzsche (Leipzig), Hans Schweizer (Kudwigsburg), Willi Horn und Philipp Kibinger (Mainz), Gustav Eiser (Ostede), Paul Theisen und Otto Wichmann (Schwerin) sowie Walter Müller (Straßburg). Damit haben bis jetzt 4752 Verbandskollegen diese militärische Auszeichnung erhalten.

Die Buchdrucker als Schwer- und Schwerfahrläufer. Die Maschinenführer in Zwidaun wurden als Schwerfahrläufer anerkannt. — Nachdem die in Elmshorn beschäftigten Maschinenführer und Stereotypenreiter bereits seit längerer Zeit als Schwerarbeiter anerkannt sind, als welche sie eine Zulagsbrochure über wöchentlich 750 g erhalten, wurde bei der zuständigen Behörde der Antrag gestellt, künftliche in Elmshorn beschäftigten Buchdruckergehilfen als Schwer- bzw. Schwerarbeiter anzuerkennen. Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Nachahmerisches Beispiel. Der Verlag der „Kombi-Verlagsanstalt“ in Homburg (Wald), Inhaber Herr K. Witt & Sohn, gewährte zu Beginn des Herbstes keinem gelangten technischen Personal einen doppelten Wochenlohn, und bei einer vor kurzem stattgefundenen Familienfeier wurden den verheirateten Gehilfen, 25 Mk., den ledigen 20 Mk. als außerordentliche Feuerungszulage überreicht.

Buchdrucker im Gerichtsdiens. Als Schöffe für das Jahr 1918 wurde wiederum Kollege Franz Theisen in Elberfeld bestimmt.

Meisterprüfung. Zu der letzthin anberaumten Meisterprüfung im Buchdruckgewerbe vor der Prüfungskommission für den Bezirk der Handwerkskammer Flensburg hatten sich zwei Prüflinge gemeldet, welche die Prüfung bestanden.

Metallabgabe. Da es vorgekommen ist, daß Verfräuerinnen der Kriegsmetall-Wirtschaftsgesellschaft in Berlin in mißverständlicher Auffassung ihrer Instruktion an Buchdruckermeister mit der Aufforderung zur Metallabgabe

herangefahren sind, so gab die Leipziger Metallvermittlungsstelle für das graphische Gewerbe in der letzten Nummer der „Zeitschrift“ folgende, daß derartige Aufforderungen in keinem Falle Folge zu leisten ist. Es soll vielmehr das in den Druckereien vorhandene überschüssige Metall ganz ausschließlich der Metallvermittlungsstelle für das graphische Gewerbe in Leipzig, Deutsches Buchgewerbehaus, Volzstraße, zur Verfügung gestellt werden. Dadurch wird verhindert, daß das aus Buchdruckereien stammende Metall dem Buchdruckgewerbe verloren geht. Auch gab die Metallvermittlungsstelle höhere Preise als die sonstigen Aufkäufer.

Zum Leipziger Gewerkschaftstreff. In Nr. 138 machten wir Mitteilung von den seitens der Generalkommission und der in Betracht kommenden Verbandsvorstände bewerkstelligten, von der Leitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes aber angeregten Einigungsverhandlungen am 25./26. November. Die Vertreter der aus dem Gewerkschaftskartell ausgeschiedenen zehn Organisationen billigten einstimmig die getroffenen Abmachungen; diese Organisationen sollten jedoch noch selbst entscheiden. Am 13. Dezember ist nun ihre Stellungnahme erfolgt und durch eine veröffentlichte Erklärung dergestalt bekanntgegeben worden: „Die heute versammelten Vertreter des Freien Gewerkschaftskartells empfehlen den Mitgliedern der einzelnen Berufsorganisationen den Wiedereintritt in das alte Kartell. Sie erwarten jedoch auf das Bestimmteste, daß im Gewerkschaftskartell mit der bisher betriebenen Politik der Generalkommission einbüßig gebrochen wird, daß nach den Neuwahlen die Grundzüge des Kartells sofort einer Revision unterzogen werden in dem Sinne, daß die Aufgaben der Sekretäre genau begrenzt und die des Kartells auf die eigentlichen gewerkschaftlichen Gebiete beschränkt werden. Für alle wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Aufgaben ist das Einverständnis mit den in Frage kommenden Faktoren der gesamten Arbeiterbewegung herbeizuführen. Wichtige Beschlüsse sind in Zukunft vor allem den Mitgliedern der einzelnen Berufsorganisationen zu unterbreiten.“ Als der verunglückte Reichskanzler Michaelis zu der Friedensrevolution des Reichstags mit den ominösen Worten „wie ich sie auf-fasse“ Stellung nahm, gab es im großen Ausschusse bei den Mehrheitsparteien einen Entrüstungsturm, und Michaelis mußte nach einer Frühstückspause sich selbst desavouieren. Die Leipziger Gewerkschaftsminderheit ist mit ihrer Interpretation der Friedensrevolution vom November weiß über den Auslegungsergebnis des schwankenden Sonderlagemannes hinausgegangen. Wenn die Mehrheit unnehmbar ihren Standpunkt ebenso unmißverständlich formuliert, würde die Einigungsaktion mit einem Scherbenhaufen endigen. Die ebenfalls ausgetretenen Tabakarbeiter haben in ihrer Verammlung schon offenkundiges Mißfallen über die zustandgekommene Verständigung bekundet und ihren Vorstehenden in die Wüste geschickt. Die Stimmung in einer allgemeinen Funktionärerversammlung des Kartells (9. Dezember) mit Adolf Braun (Münster) als Referenten ließ bereits keinen Zweifel auf einer Umwälzung zu. Die Minderheit war anscheinend besser vertreten und zeigte sich von Braun gar nicht erbaut. Seitens der „Leipziger Volkszeitung“ ist zwar vermieden worden, für oder gegen die Einigung etwas zu sagen, aber wenn gleichzeitig mit deren Bekanntgabe ein geradezu unfinniger Artikel gegen das wegen seines „im Kleinkram belangigen Gesellschaftskreises“ angeblich aller volkswirtschaftlichen Zusammenhänge unkundige Gewerkschaftsbeamtentum erschienen konnte und seitdem nichts unternommen ist zur Verheerung der ganzen Richtung, die der „L. B.“ so gar nicht paßt, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn in Leipzig ein Verständigungsfrieden Schwierigkeiten begegnet, wie sie auf dem großen Welttheater in entsprechender Vergrößerung leider immer noch bestehen. Im Januar wird es sich aber zeigen, wie in Leipzig der Einigungshale wirklich läuft.

• Beitragsserhöhung im Buchbinderverband. Eine Abstimmung im Buchbinderverband über eine Erhöhung des Beitrags ergab bisher 9651 Stimmen für und 665 gegen die Erhöhung. An der Annahme des erhöhten Verbandsbeitrags ist nicht zu zweifeln.

Feuerungszulagen nicht pfändbar und nicht versteuerbar. Die „Berufsmittelzeitung“ brachte vor kurzem eine ausführlich begründete Entscheidung des Oberlandesgerichts Köln über die Nichtpfändbarkeit der Feuerungszulagen, ferner eine Erklärung der Bezirkssteuerbehörde Dresden, daß die Feuerungszulagen der Versteuerung nicht unterliegen. Namentlich diese Erklärung ist von Wichtigkeit für unsere Kollegen, weil sie ihnen die Möglichkeit bietet, gegen eine etwa erfolgte oder noch erfolgende steuerliche Einschätzung der Feuerungszulagen zu reklamieren. Wo die Reklamationsfrist schon verstrichen sein sollte (drei Wochen nach erfolgter Zustellung des Steuerzettels) ist durch ein Gesuch der Erlaß eines Teiles der Steuer zu beantragen unter der Begründung, daß der Rechtsstandpunkt erst jetzt bekannt geworden ist, und daß dieser von der Steuerbehörde bei der Einschätzung unberücksichtigt geblieben ist.

Geistige Tätigkeit als Schwerarbeit. In einer ausführlichen Eingabe eruchte die Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände den preußischen und den sächsischen Landtag, die betreffenden Staatsregierungen zu veranlassen, dafür einzutreten, daß der von Kriegsernährungsamt Berlin aufgestellte Grundsatz, geistige Arbeit von der Gewährung von Schwerarbeiterzulagen auszuschließen, beseitigt werde. Dafür wird vorgeschlagen, entweder die Schwerarbeiterzulagen überhaupt zu beseitigen und die freizumachende Nachschubmenge zur Erhöhung der Gesamtarbeit zu verwenden oder Gewährung von Schwerarbeiterzulagen an alle Angestellte, die neun Stunden täglich bei geistiger oder acht Stunden bei ungesteuerter Arbeitszeit oder nachts tätig sind. Die Schwerarbeiterzulage ist beizubehalten und auch Angestellten, die unter gleichen Bedingungen wie Schwerarbeiter tätig sind, zu gewähren. Zur besseren Erriecherung der Berufsreisenden wird die Bewilligung der Schwerarbeiterzulagen nach gleichen Grundsätzen wie für Beamte im Ausbendienst gefordert, ferner die Gewährung der gleichen Gebühmengen beim Umfahlsuche gewöhnlicher Brotmarken in Reisbrotmarken und Einführung einer Reichsreisekartoffelkarte bzw. Austausch der britischen Kartoffelkarten zwischen den einzelnen Gemeinden.

gegen die Erhöhung. An der Annahme des erhöhten Verbandsbeitrags ist nicht zu zweifeln.

Geistige Tätigkeit als Schwerarbeit. In einer ausführlichen Eingabe eruchte die Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände den preußischen und den sächsischen Landtag, die betreffenden Staatsregierungen zu veranlassen, dafür einzutreten, daß der von Kriegsernährungsamt Berlin aufgestellte Grundsatz, geistige Arbeit von der Gewährung von Schwerarbeiterzulagen auszuschließen, beseitigt werde. Dafür wird vorgeschlagen, entweder die Schwerarbeiterzulagen überhaupt zu beseitigen und die freizumachende Nachschubmenge zur Erhöhung der Gesamtarbeit zu verwenden oder Gewährung von Schwerarbeiterzulagen an alle Angestellte, die neun Stunden täglich bei geistiger oder acht Stunden bei ungesteuerter Arbeitszeit oder nachts tätig sind. Die Schwerarbeiterzulage ist beizubehalten und auch Angestellten, die unter gleichen Bedingungen wie Schwerarbeiter tätig sind, zu gewähren. Zur besseren Erriecherung der Berufsreisenden wird die Bewilligung der Schwerarbeiterzulagen nach gleichen Grundsätzen wie für Beamte im Ausbendienst gefordert, ferner die Gewährung der gleichen Gebühmengen beim Umfahlsuche gewöhnlicher Brotmarken in Reisbrotmarken und Einführung einer Reichsreisekartoffelkarte bzw. Austausch der britischen Kartoffelkarten zwischen den einzelnen Gemeinden.

Briefkasten.
• A. in G. kam drei Posttage zu spät, ein anderer war auf keinem Weges schneller angetrieben gekommen. — C.: Also wieder gelandet; hoffentlich macht sich alles Weitere gut. — G. A. in B.: 1. Angaben genügen so. 2. Das andre wird extra gebracht. — G. C. in B. W.: Werden demnachst darauf mit eingehen. — C. S. in S.: Da sind wir zufrieden. Im gelobten Leipzig hoffte nach dem amtlichen Markthallenpreis ein Hund ausgedachtele Gans 7 Mk.; die jöhnen Gänshäfen sind also Makulatur, denn das Gänsefleisch opfert sich nicht für einen solchen lumpigen Preis. — Fr. S. im Welt: Welche findet Aufnahme, aber erst im neuen Jahre. — D. W. in B.: 1,85 Mk.

○○○○ Verbandsnachrichten ○○○○

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Schaminplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Bernburg. Der Drucker Walter Lehmann, welcher sich hier zur Aufnahme gemeldet, wolle sobald wie möglich seine jetzige Adresse an Albert Köhler, Leipziger Straße 10, zur Regelung einer Angelegenheit abgeben.

Zur Aufnahme gemeldet
Im Gau An der Saale der Maschinenführer Max Kehrige geb. in Berlin 1887, ausgeh. dal. 1905; war schon Mitglied. — Hugo König in Halle a. d. E., Kleine Klausstraße 7 I.

Verammnungskalender.

Leipziger Maschinenführer-Generalammlung Sonntag, den 13. Januar, vormittags pünktlich 10 1/2 Uhr, im „Volks- haus“ (Café links) Seiler Straße 32.
Kudwigshafen-Mannheim. Maschinenmeisterversammlung Sonntag, den 23. Dezember, vormittags pünktlich 10 1/2 Uhr, in der „Rheinische“ in Mannheim.

Schrieffeher
für Maßbandarbeiten gesucht. [588]
J. S. Bantau, vorm. C. Winkelfeld, Bochum.

Schrieffeher
Tüchtige, militärische dringend gesucht. [592]
Ernst Marks, „Generalarbeiter“, Mühlheim (Rubz).

Mehrere Seher
für Dauerstellung sofort gesucht. [599]
Wissenbuchverleger Denker & Nicolas, Berlin C 2, Neue Friedrichstraße 43.

Tüchtiger Handseher
für glatten Sah gesucht. [603]
H. D. Wiemann, Berlin SW 48, Wilhelmstraße 28, II. Hof IV.

Schrieffeher Typographseher Maschinenmeister
auch Kriegsbeschädigte, in dauernde Stellung sucht August Pries, Leipzig, Brüderstraße 59. [24]

Maschinenmeister
für Maßband (auch Kriegsbeschädigte) in dauernde Stellung gesucht. [606]
Wihelm Trugmann, Leipzig, Comeniusstraße 17.

Maschinenmeister
für Schnellpresse, mit A. & M. Anlegeapparat verkauft, zum baldigen Eintritt gesucht. [592]
Sächsische Geschäftsbücherfabrik, G. W. Kaiser, Plauen i. V.

Ein Rotationsmaschinenmeister
für vierstellige Frankenhäcker Maschine, der auch die Stereotypie mit übernehmen kann, in dauernde, selbständige Stellung möglichst bald gesucht. Angebote mit näheren Angaben und Adressenprüchen erbeten an die [600]
Oberhardtsche Hof- und Nalzbuchdruckerei, Wismar i. Meckl.

Monotypseher
oder Schrieffeher, der sich als solcher ausbilden will, gesucht. [585]
Buchdruckerei Ed. Alth, Düsseldorf.

Galvanoplastiker
zum Prägen und Abdrucken gesucht. Auch Kriegsbeschädigte werden angenommen. [580]
Schrieffeherlei Fittich, Frankfurt a. M.

Ober- oder erster Maschinenmeister
viele Jahre im Auslande, sucht sich in mittlere oder Hausdruckerei in laufende, selbständige Stellung zu verändern. In allen vorkommenden Arbeiten sowie im Wertpapier- und Rotationsdruck bewandert. Werte Offerten an [609]
G. Ernst, Leipzig-A., Volkstraße 9, p. r.

Zeilenmaß mit künftlichen Einstellungen 20 Pf.
C. Feib, Mainz, Mainstraße 30.

Am 13. Dezember verstarb unter werkes Mitglied, der Seherinvalide [604].

Karl Schwarz
aus Hamburg, im 47. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.

Am 12. Dezember verstarb plötzlich durch einen Schlaganfall unser lieber Kollege, der Seher [603]

Georg Vogt
aus Nürnberg, im Alter von 46 Jahren. Auch diesem Kollegen wird ein ehrendes Andenken bewahrt
Die Mitgliedschaft Nürnberg.

Am 12. Dezember verstarb nach achtwöchiger Krankheit unser werter Kollege, der Korrektor [602]

Adam Scholl
aus Speier a. Rh., 67 Jahre alt. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Bezirksverein Frankfurt a. M.

Infolge Verwundung verstarb am 4. Dezember unser lieber Kollege, der Maschinenmeister [601]

Karl Trüdinger
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Ortsverein Nordlingen.

Am 23. November fiel im Kampfe für das Vaterland unser lieber Kollege, der Seher [605]

Erich Wetsche
aus Dessau. Ein ehrendes Andenken wird ihm stets bewahrt
Das technische Personal der Kolbdruckerei von C. Büttgenhant, G. m. b. H., Dessau.

Wiederum haben wir den Verlust eines lieben Kollegen zu beklagen. Bei den schweren Kämpfen fiel der Seher [607]

Paul Heuffen
aus Elberfeld. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten. Ortsverein Elberfeld.